



Bericht des Gemeinderats an den Grossen Gemeinderat

Interpellation Amacher, Abklärung eines Zusammenschlusses der Schulen der erweiterten Bodeligemeinden, Beantwortung

Fristen

Die Interpellation ist am 28. Juni 2022 eingereicht worden. Die Frist zur Beantwortung läuft bis zum 28. Dezember 2022 und ist eingehalten (Traktandierung für die erste Sitzung nach Ablauf der Frist; Artikel 55 Absätze 1 und 3 des Geschäftsreglements des Grossen Gemeinderats vom 19. Oktober 1999, ISR 151.11).

Beantwortung

Die Fragen der Interpellation Amacher vom 28. Juni 2022 werden wie folgt schriftlich beantwortet (*kursiv* = Fragen der Interpellation):

Die Schul- und Bildungskommissionspräsidien der erweiterten Bodeligemeinden (Bönigen, Därigen, Goldswil, Leissigen, Matten, Ringgenberg, Unterseen und Wilderswil) sowie die Schulleitung Interlaken wurden um eine Rückmeldung zu Frage 4 gebeten und erhielten gleichzeitig die Gelegenheit, sich auch zu den weiteren Fragen zu äussern. Eine Gemeinde hat auch nach erneuter Rückfrage nicht auf die Anfrage reagiert. Die Bildungs- und Kulturkommission einer weiteren Gemeinde hat beschlossen, auf diese Fragen nicht einzugehen. Unter Berücksichtigung der eingegangenen Rückmeldungen können die Fragen der Interpellation (*kursiv*) wie folgt beantwortet werden.

1. *In welchen Bereichen und in welchem Ausmass könnten bei einem Zusammenschluss der Schulen Ressourcen gemeinsam genutzt bzw. Synergien entstehen (z. B. Schulraum, Lehrpersonal, Heilpädagogen, Sonderklassen, Integration, Deutsch als Zweitsprache, Verwaltung, etc.)?*

Aus einem Zusammenschluss der Schulen würden nur in bescheidenen Mass Synergien entstehen. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler sowie des Schulpersonals würde sich auch bei einem Zusammenschluss nicht ändern, somit auch nicht wesentlich der Bedarf an Schulraum und Ressourcen.

Gewisses Potential für Synergien bieten allenfalls folgende Bereichen:

- Fortbildung des Lehrpersonals
- Materialeinkauf (z.B. ICT)
- Integration
- Deutsch als Zweitsprache
- Sonderklassen

Bei einem Zusammenschluss der Verwaltung wird davon ausgegangen, dass sich Einsparungen und zusätzlicher Aufwand die Waage halten würden. Zudem zeigt die Erfahrung, dass Zusammenarbeit in der Verwaltung auch Konfliktpotential in sich birgt.



Nur wenn mit einer Zusammenlegung die Schulstandorte auf wenige Standorte reduziert würden, ist längerfristig von Einsparungen auszugehen. Hierfür wären vorab grosse Investitionen in die Infrastruktur nötig.

Durch die Zusammenarbeit in den Bereichen der Sekundarstufe I, des Spezialunterrichts Jungfrau-region und der Schulsozialarbeit Bödeli werden bereits heute Synergien genutzt.

Die Zusammenarbeit mit den Schulen der anderen Gemeinden funktioniert in praktisch allen Bereichen sehr gut. Die Kommunikation läuft transparent und zeitnah ab, unter den Schulleitungen besteht ein offener und aktiver Austausch. Auch die Möglichkeit Angebote Schulübergreifend zu organisieren wird bereits heute genutzt. Viele Präventions-, Eltern- und Berufswahlanlässe oder kulturelle Angebote werden erfolgreich gemeinsam durchgeführt.

2. *Wo könnten sich Verbesserungen für die Schülerinnen und Schüler (Eltern) ergeben (Willkommensklassen, Schulwege, Umzug, Umgang mit verhaltensoriginellen jungen Menschen, Integrative Förderung, etc.)?*

Für die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern gäbe es kaum Verbesserungen. Abhängig davon, in welcher Form eine Zusammenlegung umgesetzt würde, ist eher mit Verschlechterungen zu rechnen:

- Gegebenenfalls längere und gefährlicherer Schulweg (Risiko von mehr Elterntaxis)
- anstelle von persönlichen Ansprechpersonen einen grösseren unpersönlichen Verwaltungsapparat
- komplizierte und möglicherweise auswärtige Schulstruktur
- weniger Flexibilität

Ein Vorteil könnte allenfalls darin bestehen, dass ein Umzug in eine andere Gemeinde nicht zwingend mit einem Schulwechsel verbunden ist. Gleichzeitig könnte damit vermieden werden, dass auf Grund von Problemen mit der Schule in eine andere Gemeinde umgezogen wird, nur damit ein Kind die Schule wechseln kann.

Wo sinnvoll gibt es schon heute einen regen Austausch zwischen den Schulen und eine gut funktionierende Zusammenarbeit. Beispiele:

- Willkommensklassen
- Timeouts an anderen Schule für verhaltensoriginelle Schülerinnen und Schüler

3. *Wie könnte sich dies auf den Lehrermangel auswirken (attraktiverer Arbeitsort)?*

Es gibt Lehrpersonen, die an grösseren oder kleineren Schuleinheiten arbeiten möchten. Zentral für die Suche der Lehrpersonen ist die Attraktivität der Schule und nicht deren Grösse. An grösseren Schulen gibt es zudem tendenziell jährlich mehr Fluktuation, also auch mehr Lehrpersonen, die neu gesucht werden müssen. Sollten Lehrpersonen auf Grund des Zusammenschlusses in diversen Schulhäusern arbeiten müssen, verliert der Arbeitsort eher an Attraktivität. In der Praxis würde dies die bereits komplexe Stundemplanggestaltung eher erschweren und der Orts- und Teamwechsel bei den Lehrpersonen vermutlich auf Widerstand stossen.

An den einzelnen Schulen finden wir heute ein eingespieltes Team von Lehrpersonen, die sich einander verpflichtet fühlen und sich mit der Schule, den Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern identifizieren.

4. *Welche der oben genannten Gemeinden könnten Interesse an einem Zusammenschluss der Schulen haben bzw. könnten sich vorstellen Verhandlungen darüber zu führen?*

Keine der oben genannten Gemeinden hat Interesse an einem Zusammenschluss der Schulen signalisiert. Einem möglichen Zusammenschluss stehen die angefragten Gemeinden sehr kritisch gegenüber. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass die politische Akzeptanz einer solchen Lösung

als praktisch inexistent erachtet wird.

5. *Welche Nachteile könnten aus einem Zusammenschluss entstehen (z. B. Gründe für die Auflösung der Sekundarstufe Interlaken-Matten SIM)?*

Aus den Rückmeldungen der Gemeinden gingen folgende Nachteile hervor:

- Die einzelnen Schulen würden ihre Eigenständigkeit verlieren.
- Die Gemeinden müssten ihre Entscheidungsgewalt abgeben.
- Es ist damit zu rechnen, dass die Kosten pro Schülerin / Schüler steigen würden.
- Auflösung bestehender Vertrag mit der Gemeinde Interlaken betreffend der Sekundarstufe I
- sinkende Standortattraktivität
- Verwaltungsaufgaben steigen
- Bürokratischer Aufwand wird grösser (Absprachen...)
- Beziehungen zwischen allen Beteiligten können weniger gepflegt werden.
- Übergeordnetes Recht: Im Kanton Bern ist die Schulung am Wohnort vorgesehen.
- Gremien werden grösser. Folglich müssen mehr Absprachen erfolgen.
- Diskussionen über Zuteilungen nehmen zu.
- Fehlende Schule im Dorf bringt weniger Leben und verbindet weniger Alt und Jung.
- Schülertransporte (Kostenfaktor)
- Es müssten Schulen mit Mensa ähnlichen Charakter eingebaut werden, weil die grösste Anzahl von Kindern nicht mehr am Mittag nach Hause können.
- Der Kontakt Eltern und Lehrer wird noch weniger gepflegt, Schulen werden zu gross und unpersönlich.
- erfordert grosse Sanierungsarbeiten respektive Neubauten
- Identifizierung mit der Gemeinde und den kulturellen Gegebenheiten fallen weg.
- Anpassung aller Reglemente
- Das Ganze wäre ein sehr zeitaufwändiges wie auch auf der Zeitachse sich hinziehendes Vorhaben.
- Mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit würde eine Reduktion oder Aufgabe des Schulbetriebs in den kleineren, umliegenden Gemeinden durch die Bevölkerung nicht akzeptiert.
- Für eine Gemeinde ist das Dasein einer Schule eine sehr wichtige Angelegenheit. Es ist ein Standortvorteil für die Ansiedlung von Familien.
- Identitätsverlust der einzelnen Schulen
- drohende Kündigungen von Lehrpersonen
- Schliessungen von kleineren Standorten oder höhere Kosten durch Anstellung einer zusätzlichen Generalschulleitung.
- Die insgesamt negativen Erfahrungen im Zusammenhang mit dem ehemaligen Zusammenschluss der Sekundarschulen Interlaken und Matten (SIM) hatten 2002 zu deren Auflösung geführt. Die Rahmenbedingungen der Gemeinden und allgemein in der Volksschule des Kantons Bern haben sich seither nicht grundlegend geändert. Wir gehen deshalb davon aus, dass ein politisch erzwungener Zusammenschluss wiederum vor allem viel organisatorischen und zeitlichen Aufwand mit sich bringen würde.
- Die Schulqualität insgesamt und die Attraktivität des Arbeitsplatzes würden darunter leiden.
- Ein Schulkörper dieser Grössenordnung läuft Gefahr, einen aufgebauchten Verwaltungsapparat zu generieren.
- Die Schulorganisation würde unpersönlich, unübersichtlich und träge.
- Inakzeptanz der Bevölkerung/Gemeinden
- Neustrukturierung und Abbau der Schulen in angrenzenden Gemeinden

6. *Wie könnte das Mittspracherecht der einzelnen politischen Gemeinden bei einer zusammengeschlossenen Schule geregelt werden?*

Gemäss Artikel 5, Absatz 2 im Volksschulgesetz (VSG) können Gemeinden das Volksschulwesen an Unterabteilungen übertragen, sich zur Erfüllung dieser Aufgabe mit andern Gemeinden vertraglich verbinden oder sich zu Gemeindeverbänden zusammenschliessen.

Abhängig von der gewählten Zusammenarbeitsform wäre das Mitspracherecht der einzelnen politischen Gemeinden durch Delegierte, Abgeordnete in ein entsprechendes Gremium detailliert zu regeln. Die Aufgaben und Kompetenzen dieses Gremiums müssten gut durchdacht und genau definiert werden. Auf Grund der Grösse und Komplexität dieser Organisation bräuchte es für die Leitung unbedingt Profis mit dem entsprechenden Know-How.

Fazit:

Aus den Antworten der erweiterten Bödeligemeinden geht hervor, dass die jetzigen Zusammenarbeitsformen in den Bereichen der Sekundarstufe I, des Spezialunterrichts Jungfrauregion und der Schulsozialarbeit Bödeli geschätzt und als sinnvoll erachtet werden. Ein Interesse für einen Schulzusammenschluss besteht jedoch nicht, da die Nachteile überwiegen und ein Zusammenschluss kaum politische Akzeptanz finden würde.

Interlaken, 23. November 2022

Gemeinderat Interlaken

| | |
|--------------------|---------------|
| Philippe Ritschard | Barbara Iseli |
| Gemeindepräsident | Sekretärin |